

Oskar Weggel

## Die Taiwanfrage

### Eine systematische Auffächerung der Optionen Beijings, Taibeis und der taiwanischen Bevölkerung

#### Gliederung

- 1 Die Ausgangslage
- 2 Die Haltung Beijings zur Taiwanfrage
- 3 Der offizielle Standpunkt Taiwans, bekannt gegeben bei der Einführungsrede des neuen Präsidenten Chen Shuibian vom 20. Mai 2000
  - 3.1 „Historischer Machtwechsel“ und neuer Demokratisierungsschub
  - 3.2 Die „Sechs Nicht“
  - 4 Wie ist es um die Willensbekundung der taiwanischen Bevölkerung bestellt?
    - 4.1 Befragungsergebnisse über einen Zeitraum von 7 1/2 Jahren
    - 4.2 Sechs Dauerfragen
    - 5 Eine Synthese von Umfrageergebnissen und praktischer Politik?
- Anhang Richtlinien für die Nationale Einigung

#### 1 Die Ausgangslage

Nachdem es im Vorfeld der auf den 18. März 2000 anberaumten taiwanischen Präsidentschaftswahlen zu Spannungen zwischen „beiden Ufern“ der Taiwanstraße gekommen war,<sup>1</sup> ist – nach Wochen der Aufregung und erneuter Angriffsdrohungen Beijings – inzwischen Beruhigung von taiwanischer und neues Nachdenken von volksrepublikanischer Seite angesagt, zumal sich bei den Wahlen ein Politiker durchgesetzt hat, mit dessen Sieg kaum jemand gerechnet hatte, nämlich Chen Shuibian von der Minjindang, also einer Partei, die das Zwei-China-Prinzip offiziell in ihrem Programm stehen hat.

Vor allem der volksrepublikanischen Seite, die offensichtlich auf einen Sieg des in Hunan geborenen Gegenkandidaten Song Chuyu gehofft hatte, scheint das Ergebnis auf den Magen geschlagen zu haben.

Der Wahlsieger Chen andererseits beilte sich, mit seiner Antrittsrede vom 20. Mai beruhigende Erklärungen in Richtung Festland abzugeben.

Sowohl vor als auch nach der Präsidentschaftswahl war die Taiwanfrage von beiden Seiten mit ungewöhnlichem Pathos beschworen worden, und zwar am 21. Februar durch das zweite Weißbuch Beijings, am 20. Mai aber durch die Antrittsrede des neuen Präsidenten Chen Shuibian.

Beide Dokumente seien nachfolgend kurz skizziert.

Weitaus subtiler äußert sich die Meinung der 23 Mio. Taiwaner, deren Hauptpositionen nachfolgend ebenfalls dokumentiert seien.

#### 2

#### Die Haltung Beijings zur Taiwanfrage

Bereits im August 1993 hatte das „Amt des Staatsrats für die Angelegenheiten Taiwans“ ein erstes offizielles Weißbuch zur Taiwanfrage herausgegeben, das im Vorfeld der damaligen taiwanischen Präsidentschaftswahlen durch die inhaltlich weitgehend parallele Erklärung vom 21. Februar neu unterstrichen worden ist. Obwohl von *baishu* diesmal nirgends offiziell die Rede war, kommt dieser Erklärung doch die Bedeutung eines zweiten Weißbuches zu. Zwar bringt sie keine Neuigkeiten, fasst den offiziellen Standpunkt aber nochmals in überaus systematischer Art zusammen, weshalb sie hier – und zwar unter Beibehaltung der fünfteiligen Gliederung – stichwortartig nachskizziert sei:

Teil I: Es gibt nur „ein China“:

- Taiwan ist ein „unabtrennbarer Teil Chinas“! Dies wurde 1949 bei der Gründung der VRCh offiziell erklärt und im Oktober 1971 beim „Wiedereintritt“ der VRCh in die UNO durch die Resolution Nr. 2758 eindringlich neu bestätigt.
- Es waren hauptsächlich die USA, die die Wiedervereinigung bisher mit traurigem Erfolg blockiert haben.
- Mit 161 Staaten unterhält die VRCh mittlerweile diplomatische Beziehungen.

Teil II: Das „Ein-China-Prinzip“ ist A und O jeder Taiwanpolitik. Es findet Ausdruck in einer Reihe von historischen Bekundungen:

- „Ein Land, Zwei Systeme“; Beijinger Wunsch nach Direktverbindungen.
- Richtlinien der VRCh-Regierung für die Wiedervereinigung von 1979.
- Drei Gemeinsame Kommunikees mit den USA, die das „Ein-China-Prinzip“ bestätigen.
- Angebot Beijings zu gleichberechtigten Verhandlungen zwischen beiden Seiten (allerdings nicht auf Regierungsebene). Wünschenswert sei eine Fortsetzung der Gespräche zwischen beiden „Stiftungen“, wie sie seit November 1992 laufen, wenngleich sie auch immer wieder unterbrochen wurden.

Teil III: Gegen die „Spaltungs“-Versuche Li Denghuis:

- Li Denghui sei leider 12 Jahre lang höchster Repräsentant der „Taiwanbehörden“ gewesen (und, was nicht erwähnt wird, seit 1993 direkt gewählter Staatspräsident).
- In den Anfangsjahren habe er sich noch an das „Ein-China-Prinzip“ gehalten, sei dann aber schrittweise zur „Zwei-China“-Option übergegangen.
- Seit 1993 mehrere Versuche Taiwans, in die UNO einzutreten.
- 1995: „Privater“ Besuch Lis in den USA.
- Waffenkäufe in den USA.
- Seit 1998/99 Diskussionen über eine Mitgliedschaft Taiwans beim TMD. Der Beitritt zu diesem Raketenabwehrpakt sei der Versuch eines „getarnten Militärbündnisses“ mit den USA.

<sup>1</sup>Einzelheiten dazu: C.a., 2000/2, S.148-154.

- Im Mai 1999 publiziert Li sein Buch „Die Ansichten Taiwans“, in dem er die Aufteilung Chinas in sieben Zonen mit getrennter „Souveränität“ vorschlägt.
- Am 9. Juli fordert er in einem Interview mit Vertretern der Deutschen Welle, dass die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße als eine „Beziehung von Staat zu Staat, zumindest aber als Sonderbeziehungen zwischen Staat und Staat“ anerkannt werden müssten.<sup>2</sup>
- Auch mit Hilfe zahlreicher „Verfassungsreformen“ sollte die „Zwei-Staaten-Theorie“ auf subversive Weise festgezurrt werden.
- All diese Ansätze seien aufs Schärfste zu bekämpfen!

Teil IV: Vier weitere Theorien, die ebenfalls unakzeptabel seien:

- China ist nicht gespalten und besteht nicht aus zwei Staaten.
- Eine „Volksabstimmung über Taiwan“ darf nicht stattfinden, es sei denn, dass an einer solchen Abstimmung das gesamte 1,2-Milliardenvolk Chinas beteiligt ist.
- Deutschland kann nicht als Wiedervereinigungsvorbild dienen, weil die Unterschiede zwischen Taiwan und Deutschland gleich dreifacher Art seien (Ursachen, Status, reale Verhältnisse).<sup>3</sup>
- Unzulässig seien auch Vorwände, mit denen eine Zwei-Staaten-Situation herbeigeführt werde, so z.B. der Hinweis, dass die „Demokratisierung auf dem Festland“ ein Schlüssel für die Wiedervereinigung Chinas sei oder dass der „Wettlauf zwischen den Systemen“ das wahre Wesen des Verhältnisses zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße ausmache. Demgegenüber gehe es beim Streit zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße in Wirklichkeit nicht um Fragen der Demokratie und des Systems, sondern einzig und allein um die „Optionen Wiedervereinigung oder aber Abspaltung“.

Teil V: Unzulässige politische Optionen:

- Es darf keinen Beitritt Taiwans zur UNO und zu anderen internationalen Organisationen geben.
- Jedoch darf Taiwan durchaus als „Region Chinas“ aktiv werden. Unter dem Namen „Taipei, China“ gehört es beispielsweise der ADB an, unter „Chinesische Taipei“ der APEC und unter der Bezeichnung „Taipeh, China“ könne es Verhandlungen über den Beitritt zur WTO führen.

<sup>2</sup>Ebenda.

<sup>3</sup>Die Ursachen der jeweiligen Trennung sind verschieden: Deutschland wurde durch die vier Siegermächte, d.h. also von außen, aufgeteilt, während China sich von innen her gespalten hat.

Auch der Status im völkerrechtlichen Sinn ist verschieden: Die Teilung der deutschen Nation wurde in zahlreichen internationalen Verträgen und Abkommen formell verankert. Hingegen hieß es in den China-Passagen der Kairoer und der Potsdamer Deklaration, dass Japan die „von ihm besetzte chinesische Insel Taiwan an China zurückgeben müsse“ – eine Forderung, die unzweideutig vom „Ein-China“-Standpunkt ausgegangen sei.

Unvergleichbar seien auch die realen Verhältnisse: Vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs waren beide deutsche Staaten von ihren jeweiligen Hauptbesatzungsmächten gezwungen worden, mit zwei verschiedenen Identitäten zurechtzukommen, während alle Regierungen in Beijing und alle taiwanischen Regierungen (zumindest bis zum Machtantritt Li Denghuis) vom „Ein-China-Prinzip“ ausgegangen seien. Dieses „Ein-China-Prinzip“ sei auch von der internationalen Gemeinschaft akzeptiert worden.

- Keine Waffenlieferungen an und keine militärischen Bündnisse mit Taiwan! Angesprochen seien hierbei vor allem die USA, die – unter Bruch der bestehenden Drei Gemeinsamen Kommunikees – nicht nur laufend Waffen an Taiwan lieferten, sondern Taiwan auch unter den strategischen Raketenabwehrschild TMD bringen wollten, einbeziehen wollten.
- Keine selbstständige Außenpolitik Taiwans unter dem Siegel der *tanxin waijiao*, d.h. also der „flexiblen Diplomatie“.
- Jedoch könne Taiwan (ebenso wie beispielsweise Hongkong) nach Belieben subdiplomatische Beziehungen, also wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen aufnehmen. Schon heute belaufe sich das Exportvolumen Taiwans auf mehr als 200 Mrd. US\$ p.a. Beijing habe dagegen nichts einzuwenden – und übrigens auch nichts gegen den Verbleib Taiwans im Internationalen Olympischen Komitee, solange Taiwan dort als Region auftrete.
- Im Übrigen gewährleiste die VRCh die Interessen der „Landsleute auf Taiwan“. Die VRCh-Botschaft habe beispielsweise während des Golfkriegs sowie nach Ausbruch des Bürgerkriegs in Kambodscha Maßnahmen ergriffen, um Kaufleuten, Touristen und Arbeitnehmern aus Taiwan bei Gefahr unter die Arme zu greifen.

Zusammenfassend weist die Erklärung vom 21. Februar darauf hin, dass China im Laufe seiner 5.000-jährigen Geschichte immer wieder gespalten worden sei, dass aber „jeder Spaltung immer wieder die Wiedervereinigung folgte“. Diese Erkenntnis müsse auch in Zukunft weiterwirken. Solange die „Taiwanbehörden“ dem „Ein-China-Prinzip“ treu blieben, könne man über alles sprechen, sobald aber „Zwei-China-Optionen“ auftauchten, müsse Beijing reagieren – notfalls auch mit militärischen Mitteln.

### 3

**Der offizielle Standpunkt Taiwans, bekannt gegeben bei der Einführungsrede des neuen Präsidenten Chen Shuibian vom 20. Mai 2000**

#### 3.1

**„Historischer Machtwechsel“ und neuer Demokratisierungsschub**

Weitaus pathetischer als die Beijinger Erklärung vom Februar war die Antrittsrede des „Zehnten Präsidenten der Republik China“ vom 20. Mai gehalten. Chen sprach von einer „heraufdämmernden neuen Ära“, die im Zeichen eines „historischen Machtwechsels“ und eines „neuen Modells für die Demokratieerfahrung“ stehe. Die Präsidentschaftswahlen vom März 2000 hätten keineswegs nur den Sieg einer Einzelperson oder einer politischen Partei, sondern den Sieg eines Volkes, ja einen „Sieg für die Demokratie“ markiert, mit dem eine „neue Pforte der Geschichte“ aufgestoßen werde. Zwar handle es sich bei der „friedlichen Machtübergabe“ keineswegs um einen „Dynastie“-Wechsel, wohl sei es hier um nichts Geringeres als um die „Rückgabe der Macht des Staats und der Regierung an das Volk“ gegangen.

Wollte Chen mit diesem Hinweis andeuten, dass das Volk die Macht bisher nicht besessen hatte?

Im Weiteren Verlauf seiner Ausführungen arbeitet Chen sowohl mit menzianischen als auch mit sunyatsenischen Elementen: Das menzianische Erbe wird immer wieder durch Hinweise auf das Volk hervorgehoben, das „der wahre Herr des Staates“ sei und dem jedermann im Staatsgefüge, vom Staatsoberhaupt bis zur Beamten-schaft, zu „dienen“ habe – man erinnere sich an die Mahnung des Menzius, dass das Volk an erster, die Regierung aber an letzter Stelle auf der Bedeutungsskala stehe. Konfuzianisch ist das Versprechen, für eine „Herrschaft durch die Ehrenhaften und Aufrechten“ sorgen zu wollen, die, im Kontext Taiwans, vor allem gegen die bisher so weit verbreitete Politik des „Stimmenkaufs“ anzukämpfen habe.

An Sun Yixian erinnert die Forderung nach einer „partnerschaftliche Zusammenarbeit“ zwischen Regierung und Volk: Die künftige Regierung müsse die Rolle eines „Managers“ übernehmen, um so dem „Aktionär“ namens Volk optimale Dienste zu leisten.

Ganz oben auf der Prioritätenskala der neuen Regierung stünden die wirtschaftliche Entwicklung, die gesellschaftliche Ordnung und die ökologische Bewahrung. Taiwan müsse sich zu einer Öko-Hightech-Insel entwickeln.

Eine zweite „eiserne Verteidigungslinie“ sei die Integrität der Justiz. Drittens müsse der Bildungspolitik, der Internalisierung einer allen gemeinsamen Kultur und der Bewahrung der Menschenrechte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

### 3.2

#### Die „Sechs Nicht“

Erst nach Abhandlung dieser Haupttrichtlinien kommt Chen auf die schwierigste Frage jeder Regierung in Taiwan, nämlich auf das Verhältnis der „Menschen auf beiden Seiten der Taiwanstraße“ zu sprechen.

Beide hätten nach einer „langen Trennungsperiode“ [...] äußerst verschiedene politische Systeme und Lebensweisen hervorgebracht, wodurch das gegenseitige Verständnis und die freundschaftliche Annäherung erschwert, ja Trennungs- und Konfrontationsmauern aufgebaut worden seien. Nunmehr, nach dem Ende des Kalten Krieges, sei es an der Zeit, die über viele Jahre hin gewachsenen Feindseligkeiten abzubauen und eine „Ära der Versöhnung“ einzuleiten.

Die Menschen auf beiden Seiten der Taiwanstraße hätten die „gleichen Vorfahren und den gleichen kulturellen und historischen Hintergrund“. Die Führer beider Seiten sollten deshalb „genügend Weisheit und Kreativität aufbringen, um sich gemeinsam mit der Frage eines künftigen *einen* China zu befassen“.

Auf Bekundungen dieser Art aufbauend gab Chen sodann sechs Prinzipien bekannt, die während seiner Amtszeit eingehalten werden sollten: Er werde

- nicht die Unabhängigkeit erklären,
- nicht den Staatsnamen in Frage stellen,
- nicht auf die Inkorporation einer so genannten „Zwischenstaatsklausel“ in den Verfassungstext drängen,
- nicht ein Referendum zur Änderung des Status quo, sei es nun in Richtung Unabhängigkeit oder aber in Richtung Wiedervereinigung, befürworten, („solange die kommunistische Regierung des Festlands nicht mit

militärischer Gewalt gegen Taiwan vorgeht“),

- nicht auf eine Abschaffung des Nationalen Vereinigungsrats drängen und
- nicht die (noch unter GMD-Regie ausgearbeiteten) „Richtlinien für die Nationale Wiedervereinigung“<sup>4</sup> abschaffen.

Anschließend streckt Chen dem Festland mit folgenden Worten die Hände entgegen: „Unter der Führung von Deng Xiaoping und Jiang Zemin hat das Festland ein Wirtschafts-Öffnungs-Wunder hervorgebracht. Wir in Taiwan andererseits haben nicht nur ein Wirtschafts-, sondern auch ein politisches Demokratiewunder geschaffen. Auf dieser Grundlage können beide Seiten der Taiwanstraße große Beiträge zum Wohlstand und zur Stabilität der asiatisch-pazifischen Region leisten, und zwar solange die Regierungen und die Völker auf beiden Seiten Kontakt miteinander halten, die Prinzipien von 'gut gemeinter Versöhnung, aktiver Zusammenarbeit und dauerhaftem Frieden' einhalten und gleichzeitig den freien Willen der Menschen respektieren sowie unnötige Hindernisse aus dem Weg räumen.“ Er, Chen, sei Sohn eines Pachtbauern und „ein Kind Taiwans“. Der Geist der „Taiwankindschaft“ beschränke sich zwar nur auf ein paar kleine Inseln am Rande des Pazifik, doch kenne die „Landkarte unserer Träume keine Grenzen“.

Mit diesen abschließenden Worten appelliert Chen dann doch noch an die taiwanische Identität.

Wofür also plädiert er nun letztlich, kann man sich fragen: für Taiwan oder für das ganze China?

Offensichtlich wollte er zwei Erwartungen gerecht werden, nämlich einerseits den *taidu*-Hoffnungen, wie sie im Programm seiner politischen Partei, der MJD, ausgedrückt sind, andererseits aber auch den Ein-China-Forderungen der VR China sowie dem Wiedervereinigungsprogramm der GMD von 1993. Den VRCh-Forderungen ist er zumindest insoweit entgegengekommen, als er auf eine Unabhängigkeits- oder Quasi-Unabhängigkeitserklärung verzichten will.

Beide Hauptadressaten müssen von Chens Erklärungen enttäuscht sein: Die MJD, weil keine Unabhängigkeitserklärung erfolgt ist, die Beijinger Regierung aber, weil die Wiedervereinigungsabsicht nicht etwa positiv verkündet, sondern lediglich nicht ausgeschlossen wurde. Gleichwohl hat Chen hier den richtigen Ton angeschlagen, weil er dem (unter 4. näher zu beleuchtenden) Meinungsbild in der Bevölkerung folgt. Danach soll momentan weder über die Wiedervereinigung noch über die Unabhängigkeit entschieden werden. Vielmehr seien Entscheidungen auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben: *jiejie yong ren*, also „Eile mit Weile“ heißt die Parole!

Eine Ideallösung wäre es unter diesen Umständen, wenn für die Dauer einer längeren Übergangsperiode Beijing auf Anwendung militärischer Gewalt, Taiwan aber auf die Proklamation von Unabhängigkeit verzichtete – und zwar in einer Art *contrat social*, der als solcher ähnlich normierend wirken müsste wie einst der „Gesellschaftsvertrag“ Rousseaus.

Taiwan hat hier, und zwar in Form der Rede Chens, bereits eine Art Vorleistung erbracht. Es läge an Beijing, nun mit einer konstruktiven Geste nachzuziehen.

<sup>4</sup> Abgedruckt im Anhang.

4

Wie ist es um die Willensbekundung der taiwanischen Bevölkerung bestellt?

#### 4.1

##### Befragungsergebnisse über einen Zeitraum von 7 1/2 Jahren

Da eine formelle Volksbefragung über Wiedervereinigungs-, Verhandlungs- und außenpolitische Probleme überaus heikel wäre, ja von Beijing als Casus Belli betrachtet werden könnte, findet die Erkundung der Bevölkerungsmeinung seit Jahren inoffiziell statt, wobei zunächst Befragungen durch private Medien (besonders durch die *Lianhebao*) maßgebend gewesen waren. Später hat sich hier der beim Exekutiv-Yuan angesiedelte „Festlandsausschuss“ auf überaus sachte Weise zugeschaltet, indem er die Meinungen der Bevölkerung laufend erkundet, die Schwankungen subtil festhält und die Ergebnisse vor allem ins Internet stellt.<sup>5</sup>

Fünf Organisationen sind es, die dem Ausschuss bei dieser Meinungserforschung zur Seite stehen.<sup>6</sup>

#### 4.2

##### Sechs Dauerfragen

Das Untersuchungsraster enthält sechs Fragestellungen:

- (1) Zur Agenda: Bist du für Wiedervereinigung oder für Unabhängigkeit Taiwans?
- (2) Zur ethnischen Identität: Bist du Taiwaner oder Chinese?
- (3) Zu den Verhandlungen mit dem Festland: Bist du für ein eiligeres oder für ein betulicheres Tempo?
- (4) Zur Außenpolitik Taiwans: Soll Taiwan seine eigenständige Außenpolitik auch dann weiterverfolgen, wenn dies zu Spannungen mit dem Festland führt, oder soll auf eine eigene Außenpolitik verzichtet werden?
- (5) Zum Verhältnis Beijings gegenüber Taiwan: Richtet sich die Feindseligkeit Beijings mehr gegen die taiwanische Regierung oder eher gegen die taiwanische Bevölkerung?
- (6) Zum Beijinger *yi guo liang zhi*-(ein Land, zwei Systeme)-Vorschlag: Glaubst du, dass diese Formel zur Lösung oder eher zur Erschwerung der Probleme zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße beiträgt?

Die Umfrageergebnisse, die hier grafisch niedergelegt sind, wurden zwischen September 1992 und April 2000 ermittelt, umspannen also immerhin 7 1/2 Jahre und übermitteln deshalb nicht etwa nur vorübergehende Stimmungsbilder, sondern zeigen langfristige Trends auf.

• Frage 1 (Wiedervereinigung oder Unabhängigkeit?) ist in 7 Varianten untergliedert, nämlich

- (a) Status quo jetzt, Entscheidung später,
- (b) Status quo jetzt, Wiedervereinigung später,
- (c) Status quo jetzt, Unabhängigkeit später,
- (d) Status quo für immer,
- (e) Unabhängigkeit so bald wie möglich,
- (f) Wiedervereinigung so bald wie möglich,
- (g) Weiß nicht.

Es fällt auf, dass Option (a) die mit Abstand höchste Zustimmung erhalten hat und auf einer Linie von durchschnittlich rund 33% liegt. Am tiefsten war sie im Februar 1997 (24,8%) gesunken und am höchsten im November 1997 (42%) gestiegen. Zurzeit der Wahlen im Frühjahr 2000 hatte sie sich in etwa wieder auf den oben erwähnten „Normalzustand“ eingependelt.

Das Extrem zu (a) bildet Option (f), nämlich der Wunsch nach „Wiedervereinigung so bald wie möglich“, dessen müde Resonanz bei Minimalwerten zwischen 5,1% und 0,8% lag und der sich zurzeit der Wahlen mit gerade einmal 2,6% regte.

Nur geringfügig höher liegt Option (e) mit dem Wunsch nach „Unabhängigkeit so bald wie möglich“. Ob sich die Volksmeinung hier eher „opportunistisch-vorsichtig“ zurückhält oder ob wirklich kaum ein Wunsch nach Unabhängigkeit besteht, müsste genauer nachgefragt werden.

Auch Option (d) (Status quo für immer) ist nicht gerade stürmisch ausgefallen.

Ganz offensichtlich wünscht die Bevölkerung Taiwans also keine sofortigen und klaren Entscheidungen, sondern bevorzugt stattdessen eine Politik des Abwartens und des Offenhaltens einer Entscheidung – *jieji yong ren* gehört deshalb nicht nur zur Strategie der Regierung, sondern findet auch bei der Bevölkerung breiten Widerhall.

• Frage 2: zur ethnischen Identität. Hier verlaufen die Kurven weitaus unruhiger, als es bei der Wiedervereinigungsfrage der Fall ist.

Drei Varianten standen hier zur Auswahl:

- (a) „Ich bin Taiwaner“,
- (b) „Ich bin sowohl Taiwaner als auch Chinese“,
- (c) „Ich bin Chinese“.

Die klarste, wenn auch negativste Aussage findet sich zur Variante (c). Dies war nicht immer so: Noch zu Beginn des Jahres 1993 hatten sich 48,5% der Befragten klar zum Chinesentum bekannt. Schon ein Jahr später war dieser Wert freilich auf 24,2% abgestürzt und befindet sich seither immer noch im Sinkflug – inzwischen bei einer Höhe von 13 bis 14%.

Ganz anders bei den Optionen (a) und (b). Noch zu Beginn der 90er Jahre schien es um das Bekenntnis zur taiwanischen Identität nicht besonders gut bestellt zu sein, insofern nämlich die Aussage (b) („Ich bin sowohl Taiwaner als auch Chinese“) zwischen 1994 und Ende 1997 bis an die 50%-Marke heranreichte. Im September 1997 war der Wert dann auf 34,8% abgesunken, um zwischen Oktober 1998 und Oktober 1999 neue Höchstwerte von bis zu 45% zu erreichen. Die Wahl vom Frühjahr 2000 führte dann zu einem Rückgang der Option (b) auf 38,5%, während Option (a), d.h. die Bejahung der taiwanischen Identität gleichzeitig auf über 40% anstieg, wo sie doch vorher, nämlich zwischen 1994 und 1998 immer wieder auf Werte um 30% zurückgefallen war.

Option (a) und (b) kreisen m.a.W. um eine gemeinsame Achse, während das eindeutige Bekenntnis zum Chinesentum mittlerweile immer leiser ausfällt.

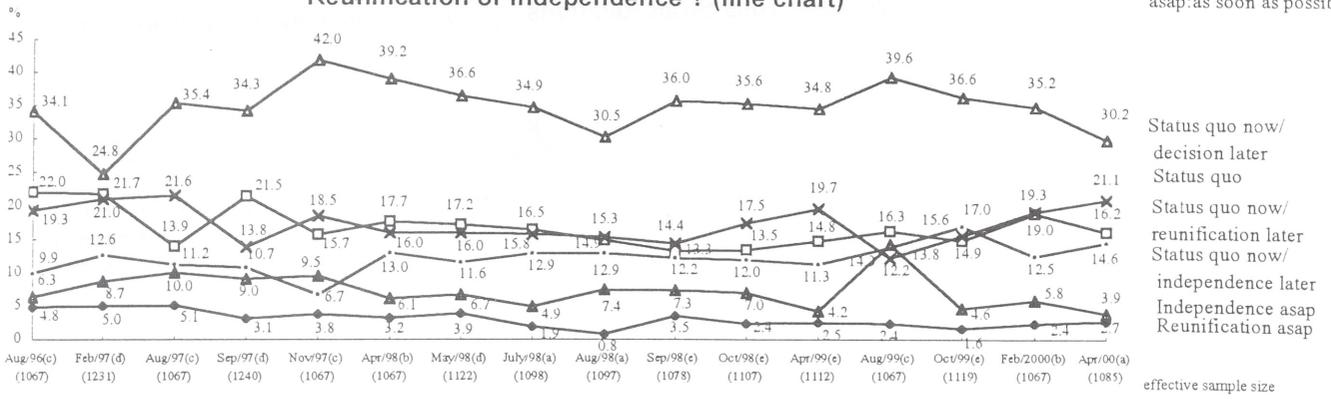
Langfristig scheint sich die Entwicklung auf die Option (b) einzuspielen.

<sup>5</sup>WWW-URL: [www.mac.gov.tw](http://www.mac.gov.tw).

<sup>6</sup>Vgl. dazu die Fußnote auf Seite 1 der Befragungscharts.

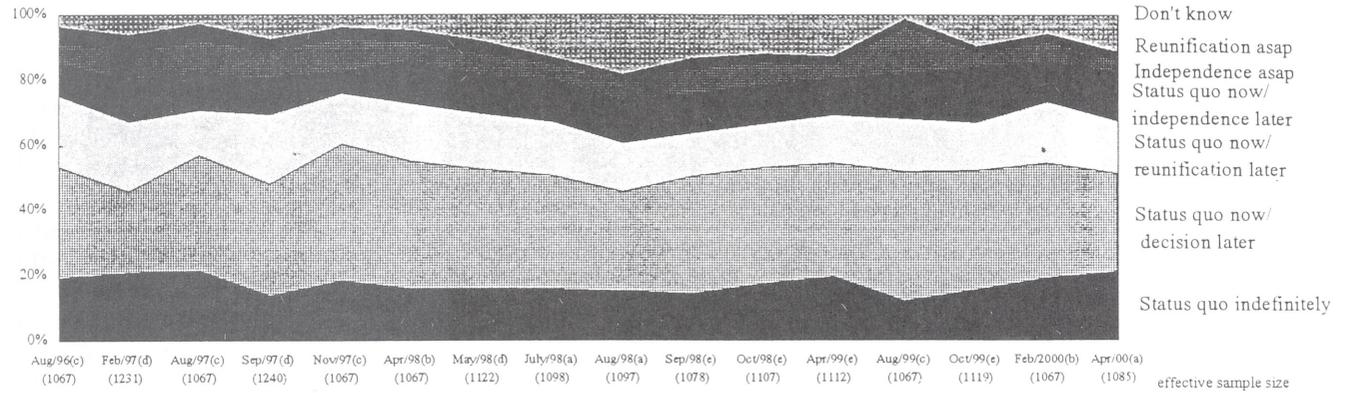
Reunification or Independence ? (line chart)

asap:as soon as possible

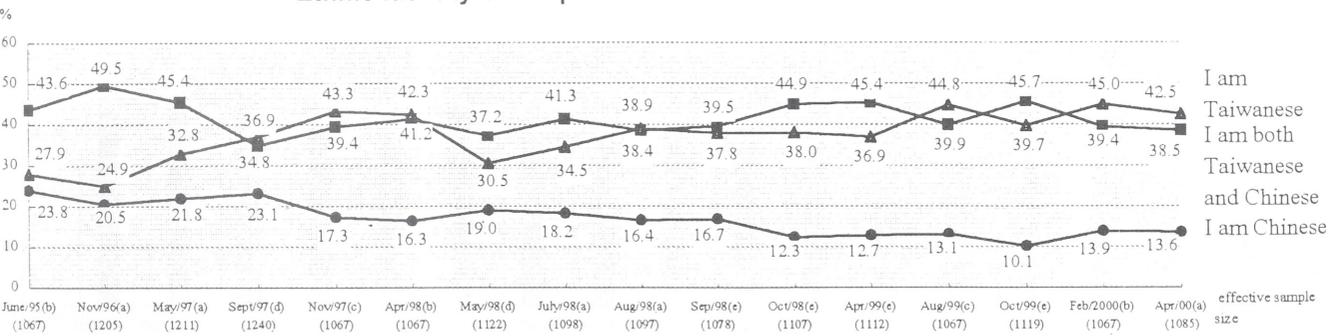


Reunification or Independence ? (area chart)

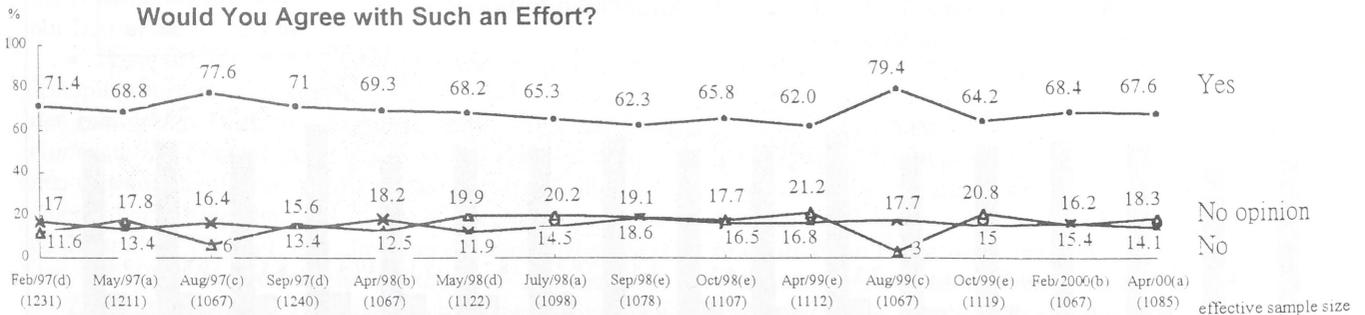
asap:as soon as possible



Ethnic Identity of People in Taiwan



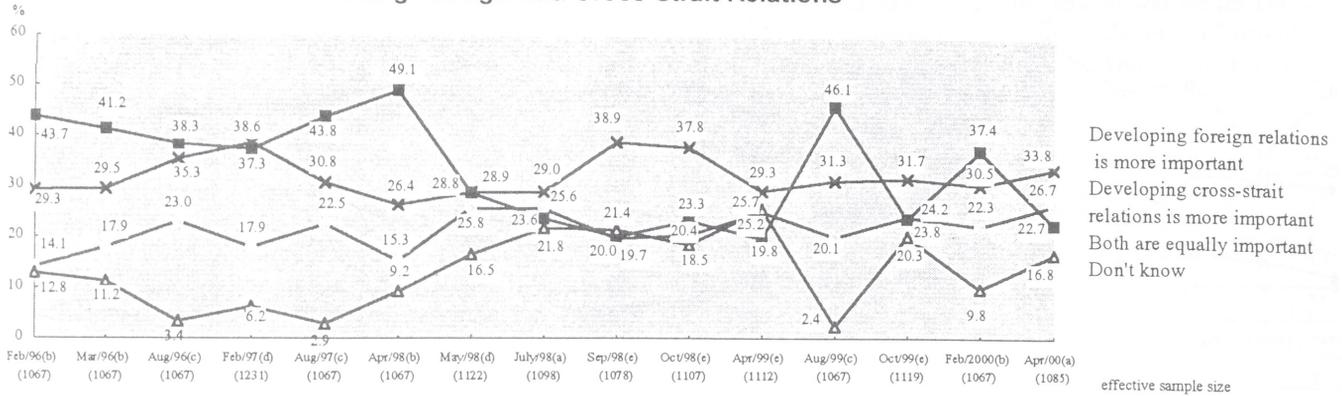
If Developing Foreign Ties Led to Rising Tension on Cross-strait Relations, Would You Agree with Such an Effort?



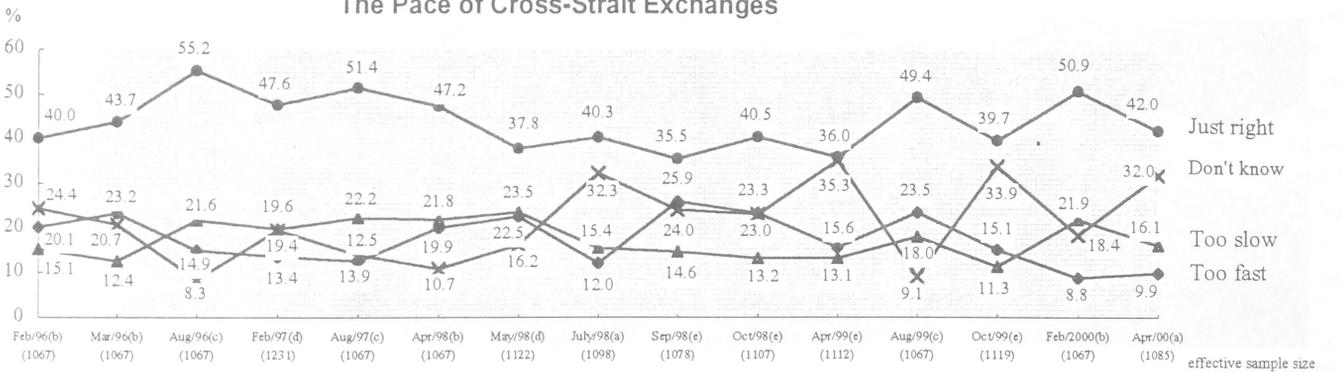
Survey conducted by : (a)Election Study Center, National Chengchi University, Taipei (886-2-29387134)  
 (b)Burke Marketing Research, Ltd., Taipei (886-2-25181088)  
 (c)China Credit Information Service, Ltd., Taipei (886-2-87873266)  
 (d)Center for Public Opinion and Election Studies, National Sun Yat-Sen University, Kaohsiung (886-7-5252000)  
 (e)Survey and Opinion Research Group, Dept. of Political Science, National Chung-cheng University, Chiayi(886-5-2720411)

Respondents : Taiwanese adults aged 20~69 accessible to telephone interviewers

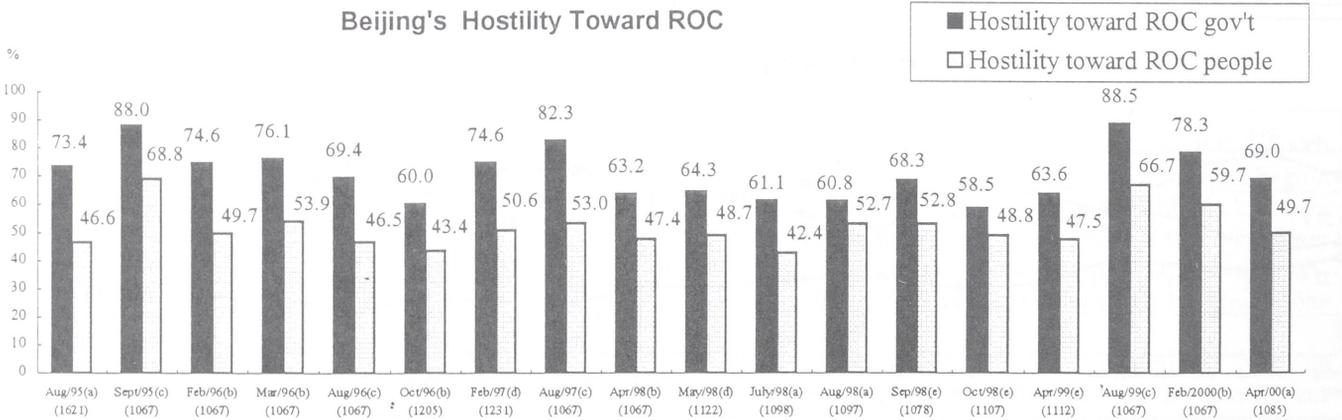
### Prioritizing Foreign And Cross-Strait Relations



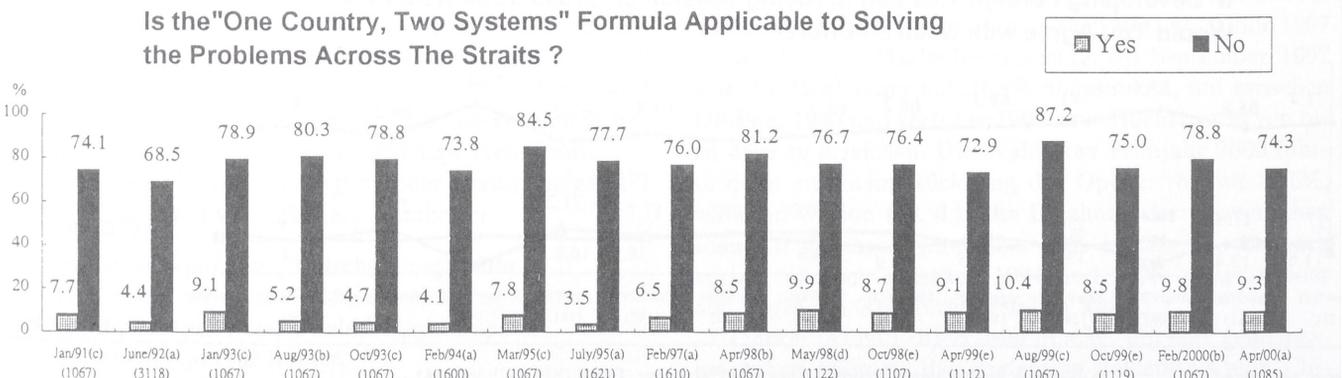
### The Pace of Cross-Strait Exchanges



### Beijing's Hostility Toward ROC



### Is the "One Country, Two Systems" Formula Applicable to Solving the Problems Across The Straits ?



Survey conducted by : (a)Election Study Center, National Chengchi University, Taipei (886-2-29387134)  
 (b)Burke Marketing Research, Ltd., Taipei (886-2-25181088)  
 (c)China Credit Information Service, Ltd., Taipei (886-2-87873266)  
 (d)Center for Public Opinion and Election Studies, National Sun Yat-Sen University, Kaohsiung (886-7-5252000)  
 (e)Survey and Opinion Research Group, Dept. of Political Science, National Chung-cheng University, Chiayi(886-5-2720411)

• Frage 3: Sollen die Verhandlungen mit dem Festland schneller oder langsamer vonstatten gehen?

Hier standen vier Antworten zur Wahl:

- (a) Gerade richtig,
- (b) Weiß nicht,
- (c) Zu langsam,
- (d) Zu schnell.

Ähnlich wie bei Frage 1 gibt es hier eine ziemlich eindeutige Antwort, nämlich den Beifall der Bevölkerung für das Verhandlungsverhalten ihrer Regierung, das „gerade richtig sei“ – eine Meinung, die mit Mehrheiten zwischen 55,2% (August 1996) und 35,5% (September 1998) vertreten wird, wobei die Hauptoszillation zwischen 40 und 50% liegt. Die taiwanische Regierung kann sich in ihrem Verhalten also aufs Angenehmste bestätigt fühlen.

Nur wenige Befragte halten das Verhandlungstempo für zu hoch (Option (d)) oder aber für „zu langsam“ (Option (c)). Auffällig sind die starken Ausschläge zu Gunsten von Option (b) („Weiß nicht“), die vor allem seit 1998 besonders zugenommen haben und zwischen 35,3% und 9,1% schwanken.

• Frage 4: Soll Taipeh seine eigenständige Außenpolitik auch dann fortführen, wenn dies höhere Spannungen mit Beijing zur Folge hätte?

Von den drei Varianten (a) „ja“, (b) „nein“ und (c) „weiß nicht“ hat die Option (a) die mit Abstand höchste Zustimmung erfahren. Zwischen 62% und 79,4% der Bevölkerung wünschen eindeutig eine Taiwan-spezifische Außenpolitik, sind also bereit, notfalls auch wachsende Spannungen mit Beijing in Kauf zu nehmen. Demgegenüber spielen die Optionen (b) und (c) fast keine Rolle, da sie durchwegs unter der 21%-Marke bleiben und manchmal bis auf 3% abfallen.

Das taiwanische Außenministerium hat hier also einen klaren „Handlungsauftrag“ erhalten.

• Zu Frage 5, die sich danach richtet, ob die Feindseligkeit Beijings gegenüber Taiwan sich hauptsächlich gegen die Regierung oder aber gegen die dortige Bevölkerung richtet, gibt es ebenfalls ein klares Meinungsbild. Ohne Ausnahme liegt die Option (a) („Feindschaft hauptsächlich gegenüber der Regierung“) höher als Option (b) („Feindschaft gegenüber der Bevölkerung“). Allerdings gibt es kein drastisches Gefälle zu (a) und (b), insofern nämlich Option (b) jeweils um kaum mehr als ein Drittel hinter Option (a) zurückbleibt.

• Frage 6, die sich danach richtet, ob die Deng-Xiaoping-Formel „Ein Land, zwei Systeme“ eine Lösung der bilateralen Probleme begünstigt, wird fast genauso eindeutig wie Frage 4 (nach der Notwendigkeit einer eigenen taiwanischen Außenpolitik) beantwortet, nämlich mit einem überwältigenden „Nein“, wobei das „Nein“ zwischen 68,5% und 87,2% liegt, das „Ja“ aber nur ein einziges Mal den 10%-Plafond überschreitet, nämlich im August 1999.

Zusammenfassend: Drei der sechs Fragen sind von der Bevölkerung also besonders unzweideutig beantwortet worden, nämlich die Vier nach der Notwendigkeit einer eigenen taiwanischen Außenpolitik (unbedingt: ja!), die Sechs nach der Tauglichkeit des „Ein Land, zwei Systeme“-Vorschlags (keinesfalls!) sowie die Eins nach der Entscheidung zwischen Wiedervereinigung und Unabhän-

gigkeit (die Entscheidung möge möglichst lange hinausgeschoben werden).

Weniger eindeutig, wenn auch klar genug, wurden die Fragen drei und fünf beantwortet. Danach hält die Bevölkerung das betuliche Vorgehen der Regierung für „gerade richtig“ und ist darüber hinaus von der Überzeugung getragen, dass die Feindseligkeit Beijings sich weniger gegen die Bevölkerung als vielmehr gegen die Regierung Taiwans richtet.

Ziemlich offen geblieben ist dagegen die Entscheidung zwischen den beiden Optionen „Ich bin Taiwaner“ und „Ich bin sowohl Taiwaner als auch Chinese“. Gleichzeitig wird die Frage, ob sich die Einwohner Taiwans ausschließlich als Chinesen empfinden, mittlerweile mit wachsender Überzeugung verneint.

## 5

### Eine Synthese von Umfrageergebnissen und praktischer Politik?

Zumindest auf dem Papier schienen die Positionen der „drei Beteiligten“ lange Zeit weit auseinander zu liegen. Vielleicht könnte es im Alltag der Politik eines Tages doch Annäherungen geben. Zumindest die Position der Taibeier Führung hat sich geändert:

Vergleicht man die Befragungsergebnisse mit der Politik, wie sie unter Li Denghui geführt wurde, so erscheint die klare Aussage Lis vom April 1999 zu Gunsten einer Zweistaatlichkeit zumindest übereilt gewesen zu sein.

Im Gegensatz dazu hat Chen Shuibian bei seiner Antrittsrede ein waches Gespür für die Stimmungen in der Bevölkerung gezeigt, indem er nämlich einerseits für eine Fortsetzung des langsamen Annäherungstempos plädierte und gleichzeitig zu verstehen gab, dass auf klare Entscheidungsaussagen einstweilen verzichtet werden solle.

Nachdem der neue „Staatspräsident der RCh“ erklärt hat, dass Taiwan – zumindest für die Amtszeit des neu gewählten Präsidenten – auf jegliche Unabhängigkeitserklärung verzichten wolle, wäre Beijing an der Reihe, und zwar mit einer Erklärung des Inhalts, dass es nun seinerseits auf eine militärische Lösung verzichte: immer im Sinne des oben erwähnten „ungeschriebenen Vertrags“.

Wengleich eine solche Verzichtserklärung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht expressis verbis erfolgt, sollte sie dem taiwanischen Adressaten gegenüber doch zumindest auf indirekte Weise deutlich genug signalisiert werden.

Langfristig kann sich die VRCh von einer Umgarnungsstrategie ja durchaus mehr versprechen als von fortgesetzten Drohungen. Sie kann davon ausgehen, dass Taipeh von seiner Politik der permanenten (und vor allem wirtschaftlich betriebenen) Annäherung eines Tages gar nicht mehr lassen kann, wollte es sich nicht selbst auf katastrophale Weise schaden. Die Wiedervereinigung wäre dann keine Frage mehr des Ob, sondern nur noch des Wann. Immerhin sprechen schon zahlreiche bisherige Entwicklungen eine deutliche Sprache:

Zwischen 1987 und Ende 1999 haben nicht weniger als 16 Mio. Taiwaner die VR China besucht. Das (über indirekte Kanäle gesteuerte) Handelsvolumen zwischen beiden Seiten belief sich im gleichen Zeitraum auf 180 Mrd. US\$, wobei die VR China permanent rote Zahlen schrieb, sodass Taiwan hier obendrein immer abhängiger von stei-

genden Gewinnen geworden ist. Drittens wurden in dem genannten Zeitraum taiwanische Investitionen auf dem Festland in Höhe von 44 Mrd. US\$ vereinbart, von denen bisher 24 Mrd. realisiert worden sind. Auch die Post- und Telekommunikationsverbindungen sind immer enger geworden. Lediglich beim See- und Luftverkehr sind Direktverbindungen bisher von Seiten Taiwans behindert worden. Allerdings hat Chen Shuibian schon gleich nach seinem Amtsantritt erklärt, er trete auch hier für ein großzügigeres Vorgehen, also für Direktverbindungen ein. Schiffe sollen fortan nicht mehr in Hongkong oder Macau teure Zwischenstopps einlegen, Kaufleute und Touristen auf dem Weg zum Festland nicht mehr umsteigen müssen.

Auch von ihrem sonstigen Erscheinungsbild her nimmt sich die Volksrepublik wie ein Übervater aus, an den sich, wenn er eines Tages wirtschaftlich und politisch attraktiv geworden sein sollte, das kleine Taiwan verstärkt anlehnen könnte:

An Bevölkerung ist das Festland der Insel Taiwan um das 60fache, an Territorium um das 300fache, am Gesamt-BIP um das Vierfache, an Kopfstärke der Armeen um das Fünffache und selbst bei der gegenwärtigen jährlichen BIP-Wachstumsrate um 2% überlegen.

Sollte es der VR China gelingen, sich wirtschaftlich noch stärker zu entfalten, nähme aus taiwanischer Sicht auch seine Attraktivität zu. Falls die VRCh, wie es in einem Beijinger Kommentar<sup>7</sup> heißt, ihr gegenwärtiges 7%-Wachstum noch eine geraume Zeit ins 21. Jahrhundert hinein fortsetzen könnte, würde sich ihr BIP alle 10 Jahre verdoppeln. Sie verfügte dann bis 2010 über 2 Billionen US\$ und zöge damit an Großbritannien, Frankreich und Italien vorbei. Bis 2020 würde sie – mit bis dahin 4 Billionen US\$ – die drittgrößte Wirtschaftsmacht, nämlich Deutschland, überholen und hätte bis 2030 (mit dann 8 Billionen US\$) auch Japan von Platz 2 verdrängt.

Ogleich sich dieses Kalkül etwas merkwürdig ausnimmt, da es davon ausgeht, dass erstens die zu überholenden Volkswirtschaften nicht ebenfalls wachsen und dass sie zweitens bis 2020 als selbstständige Wirtschaftsnationen überhaupt noch existieren, bleibt die Kernüberlegung, auf die diese Argumentationskette letztlich zugeschnitten ist, doch zutreffend: Dass nämlich Taiwan aus seinen Verflechtungen mit dem Festland nur noch schwer herauskommen dürfte, sodass eine Wiedervereinigung eines Tages vielleicht nur noch das Tüpfelchen auf dem i wäre.

Bei einem solchen auf Geduld und Zuwarten angelegten Vorgehen könnten am Ende die Interessen aller „drei Beteiligten“ zusammenwachsen – und käme vor allem auch die taiwanische Bevölkerung auf ihre Rechnung: Die „Frage“ langfristig offen lassen! Nichts überstürzen! „Taiwaner und Chinese“! Bis zur Wiedervereinigung eine eigenständige Außenpolitik! Diese vier Grundvorstellungen blieben berücksichtigt! Ob dagegen die *yi guo liang zhi*-Politik auch im Falle Taiwans zur Anwendung käme, mag bei einer auf *lange* Sicht angelegten Politik zweifelhaft sein; denn langfristig gibt es in der VRCh keinen wirklichen Sozialismus mehr! Letztlich geht es allerdings

auch der VRCh nicht um *yi guo liang zhi*, das ja lediglich ein Mittel zum Zweck ist, sondern um Wiedervereinigung!

A und O einer erfolgreichen Wiedervereinigungspolitik bleibt also, nochmals sei es gesagt, Geduld und Zuwarten. *Jieji yong ren* („Eile mit Weile“) muss die Parole heißen! „Je mehr Druck“ andererseits, „umso mehr entfernen wir uns vom Festland“.<sup>8</sup>

<sup>7</sup>So ein Kommentar von Lin Limin in: „Überlegungen zur Außenpolitik der VR China im frühen 21. Jahrhundert“, in: *Contemporary International Relations*, Beijing, Vol.10, April 2000, Nr.4, S.11-20.

<sup>8</sup>Dies ist der – populär gewordene – Refrain eines Schlagers des taiwanischen Heavy-Metal-Rockers „Freddy“.